

Editorial  
Wahlen 2019

2  
3

Nationale Abstimmungen  
Kanton Luzern

4  
8

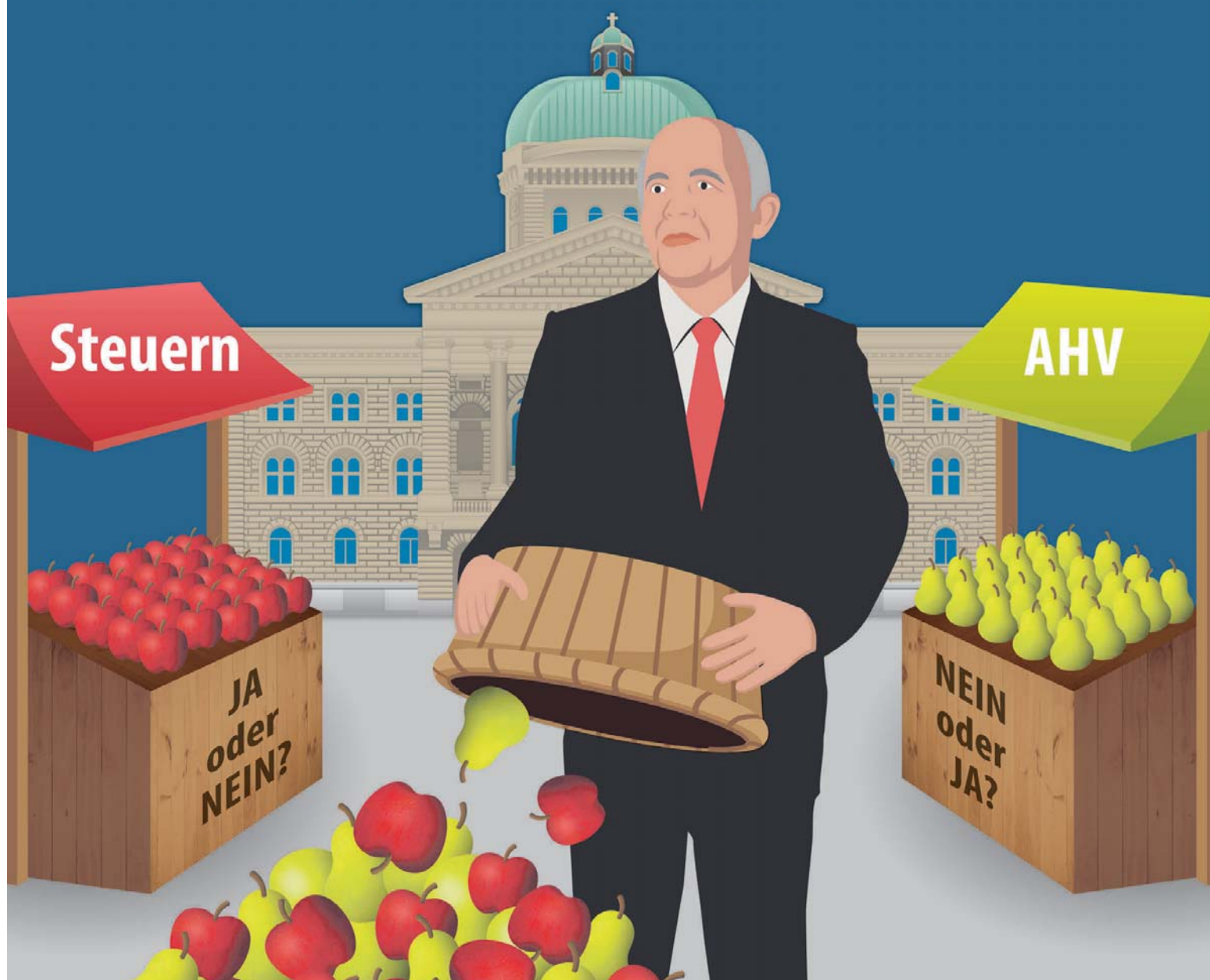
SVP bi de Lüt  
JSVP

12  
14

Ortsparteien  
Kalender

15  
16

## Steuerreform und Altersfinanzierung – oder der Vergleich zwischen Äpfeln und Birnen?



Infos über die  
SVP Kanton Luzern:  
[www.svplu.ch](http://www.svplu.ch)

Wahlen 2019:  
die Analyse.

3



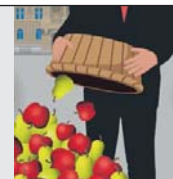
Paul Winiker –  
auf in den zweiten  
Wahlgang.

8



STAF: genialer  
Deal, oder Äpfel  
gegen Birnen?

6



## EDITORIAL

**Wer hätte gedacht, dass eine 16-jährige Schülerin namens Greta Thunberg, Klimaschutzaktivistin, mit ihren anfänglichen Schulstreiks zu einer globalen Bewegung heranwachsen würde.**

**Dieser Trend wirkte sich auch beim Wahlergebnis aus und kommt einer Öko-Wahl gleich. Obwohl die SVP seit 1999 kontinuierlich gewachsen ist, hat die SVP Kanton Luzern sieben Sitze verloren, was sehr schmerzhaft ist. Ohne in Selbstzweifel zu verfallen, werden wir die Wahlergebnisse eingehend analysieren.**

Aber vergessen Sie nicht, liebe Leserinnen und Leser, dass der SVP in der Vergangenheit auch einiges gelungen ist. Der Kanton Luzern hatte in den letzten Jahren stets mit den Finanzen zu kämpfen. Mit einer Steuererhöhung sollten die Finanzen wieder ins Lot gebracht werden. Dank der SVP wurde die Steuererhöhung verhindert und dies führte zu einem Umdenken. Mit verschiedenen Massnahmen sowie Optimierungen und der eingeschlagenen Wirtschafts- und Steuerpolitik konnte die Finanzlage des Kantons wesentlich verbessert werden. Mit einer hohen Zahl von Neuzuzügern und vielen Firmenzuzügen bestätigte sich die Politik der bürgerlichen Allianz, was schlussendlich zu mehr Steuereinnahmen führte. Der Wirtschaft im Kanton Luzern geht es schon länger besser als in allen anderen Kantonen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist im Rekordtief und der Ausbildungsstand unserer Jugend ist gut. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich kleiner als in der übrigen Schweiz. Leider haben dieser Erfolg und unser Wohlergehen bei den Wahlen offenbar nicht gezählt. Muss es denn den Wählerinnen und Wählern wirklich schlechter gehen, damit sie erkennen, dass nur eine erfolgreiche Wirtschaft mit soliden KMUs und Arbeitsplätzen unseren Wohlstand garantieren? Nur mit einer erfolgreichen Wirtschaft kann es sich der Staat leisten, eine angemessene Sozialpolitik zu betreiben, in eine gute Bildung und Kultur sowie Sicherheit und Gesundheit zu investieren. Wir dürfen es nicht den Kritikern überlassen, die überall die hohle Hand machen und nichts beitragen. Die Umwelt und unsere Heimat ist auch der SVP sehr wichtig. Es gibt laute Parteien, die mit viel Lärm und Klamauk sofort eine Verbesserung des Klimas fordern, aber keine konkreten und

zielführenden Vorschläge haben. Die gleichen Kreise haben den Ausbau des Grimselstaudammes verhindert. Wir sind für den Erhalt einer gesunden und lebenswerten Umwelt und Landwirtschaft. Wir setzen uns ein für unsere Heimat: Nämlich für eine Landwirtschaft, die unsere Landschaft hegt und pflegt, die uns gesunde Nahrungsmittel aus der Region ohne lange Anfahrtswege anbietet. Für eine Forstwirtschaft, die mit unserem Holz aus unseren Wäldern gesund wirtschaftet. Landwirte und Gewerbe haben aus eigenen Mitteln viel Geld in erneuerbare Energien investiert. Solaranlagen finden Sie auf den Dächern von Ställen, Werkstätten und Industriebauten oder auch Biogasanlagen, Wärmeverbünde mit erneuerbaren Energien usw. Den Klimaschutz kann man nicht kaufen, indem Gebühren und Abgaben erhöht werden. Nein, man muss sich tagtäglich in seinem Umfeld umweltbewusst verhalten.

Die SVP kapituliert nicht und lässt sich auch nicht entmutigen. Gemeinsam schreiten wir unseren eingeschlagenen Weg weiter, indem wir unsere Werte und unsere Heimat beschützen. Für den 2. Wahlgang der Regierungsratswahlen vom 19. Mai 2019 werden wir alle zur Verfügung gestellten Möglichkeiten ausschöpfen. Daher zähle ich auf Sie, liebe Leserinnen und Leser, dass Sie am 19. Mai 2019 an die Urne gehen. Jede Stimme zählt, damit die SVP in der kommenden Legislatur weiter in der Regierung vertreten ist. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Ihre Präsidentin,  
Angela Lüthold



# WAHLEN 2019



«Unsere Wählerinnen und Wähler sind nicht nach links gerückt. Sie sind einfach zuhause geblieben!»

Parteipräsident Albert Rösti, Nationalrat BE

## Liebe Luzerner SVPLerinnen und SVPLer

**Es ist mir ganz wichtig, Ihnen vorerst bestens für die grosse Arbeit im Zusammenhang mit den Wahlen zu danken. Der unermüdliche Einsatz für unsere Partei, für eine freie und unabhängige Schweiz, für einen Kanton Luzern in Wohlstand mit tiefen Steuern, und dies zu Gotteslohn, ist sehr wichtig und verdient Respekt und Anerkennung. Dies gerade nach einer Wahl, die für einmal nach vielen Jahren des Grosserfolgs nicht zufriedenstellend erfolgt ist.**

Gerade dann aber ist es wichtig, die gute Arbeit von der Präsidentin bis zum einzelnen Mitglied anzuerkennen und für den weiteren politischen Kampf aufzurufen. Denn verlieren ist keine Schande, nur aufgeben müsste

*«Politik bedeutet Hartnäckigkeit; immer dranbleiben.»*

als solche bezeichnet werden. Ich stelle hauptsächlich drei Faktoren fest, die für die Resultate – nicht

nur im Kanton Luzern, sondern auch in Zürich und Basel-Landschaft – verantwortlich sind. Über allem steht natürlich die ganze Klimadebatte, die Grün-Links und Grünliberal enorm mobilisiert hat. Gleichzeitig als zweiter Faktor

hat bei uns eine Demobilisierung stattgefunden, die wohl nicht zuletzt auch damit zu erklären ist, dass es den meisten unter uns relativ gut geht. Ein dritter Faktor bewegt mich aber mehr. Das ist, dass viele unserer

Wähler frustriert sind, weil wir in Bern die Masseneinwanderungsinitiative oder die Initiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer nicht umgesetzt haben. Das ist zwar nicht der Fehler der SVP, trotzdem sagen viele: «Die machen ja dort oben sowieso, was sie wollen.» Hier muss ich einfach mit Vehemenz antworten. Politik bedeutet Hartnäckigkeit, immer dranbleiben und das Schlimmste, was wir tun, ist, wenn wir nicht mehr an die Urne gehen. Das zeigen die jetzigen Resultate.

Dann hat Grün-Links, was es anstrebt. Letztlich, das hat auch der erfahrene Politologe Claude Longchamp klar dargelegt, sind unsere Wählerinnen und Wähler ja nicht nach links oder nach Grün gerutscht, sondern sie sind einfach zuhause geblieben. Das heisst, wir müssen nicht unsere

politischen Inhalte korrigieren, sondern wir müssen dafür sorgen, dass unsere Wählerinnen und Wähler wieder vollzählig an die Urne gehen.

Und dazu rufe ich auf, wenn es jetzt darum geht, im zweiten Wahlgang sicherzustellen, dass der hervorragende Regierungsrat Paul Winiker, der das absolute Mehr nur zufällig und sehr knapp verpasst hat, jetzt wieder in den Regierungsrat gewählt wird. Luzern, die Schweiz braucht einen solch tollen Regierungsrat.

Ich danke allen für ihren Einsatz und freue mich, wenn ich auf diesen auch im kommenden Herbst zählen darf, wenn es um die National- und Ständeratswahlen geht.

Herzliche Grüsse und alles Gute,  
Albert Rösti

## Aus der Redaktion

Zwei Fragen -  
zwei Antworten!?

Nichts anderes stört mich mehr an unserer direkten Demokratie und an unseren Volksrechten, als dass wir ständig über Themen abstimmen sollen, wo uns die Bauchgefühl-Gedanken verlassen und uns zu einer sachlichen, oft auch peinlichen Situation führt. «Was stimmst du bei der Steuerreform und AHV-Finanzierung? Um was geht's da genau, fragt der bereits schon überforderter Gesprächspartner. Hast du dich noch nicht damit befasst? Zwei Sachen werden da vermischt, so ein Deal halt. Das musst du unbedingt ablehnen, folgt die augenscheinlich kompetente Antwort. Ja, mag sein, aber um was geht es denn wirklich, gibt der Unwissende wenigstens zu. Ich kann es dir auch nicht genau sagen, aber sag einfach mal Nein, dann liegst du nicht falsch. Einmal mehr stimmt das Volk über komplexe Finanzthemen ab. Würde es nur um die AHV-Finanzierung und somit um die Zukunft von Herrn und Frau Schweizer gehen, könnte man noch Ja stimmen. Ebenfalls bei der Steuerreform. Wenn nicht wieder so ein «EU-Diktat» das Essen schwer verdaulich machen würde. Das Parlament schafft es aber einmal mehr, diese Frage an das Volk so zu verkomplizieren, dass mich ein Nein an der Urne nicht verwundern würde. Das Volk wird zu zwei wichtigen Themen befragt. Doch sollte der Souverän zu zwei Fragen auch zwei Antworten geben können?



Roland Staub, Redaktor SVP Kurier

## NATIONALE ABSTIMMUNGEN

«Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass sich die EU so direkt und automatisch in schweizerische Angelegenheiten einmischt und damit direkt in die Staatshoheit eingreift.»

Werner Salzmann, Nationalrat BE,  
Präsident Berner Schiesssportverband



Weil wir tun müssen, was richtig ist:

## Nein zum EU-Waffen-Diktat!

**Das EU-Parlament hat eine Scheinlösung gegen Terroranschläge verabschiedet. Sollen wir den gleichen Fehler machen, nur weil die EU das will? Sicher nicht! Tun wir das Richtige und sagen wir Nein zum neuen Waffenrecht!**

Das europäische Parlament hat nach den traurigen Terroranschlägen in Europa die EU-Waffenrichtlinien verschärft, getrieben vom Drang, irgendetwas zu tun und ohne die Massnahme zu hinterfragen. Obwohl Terroranschläge nie mit legalen Waffen verübt werden, vermehrt ja nicht einmal mit Schusswaffen, sondern mit Fahrzeugen, Bomben etc., hielt man Aktivismus für ein beruhigendes Signal.

Auf Grund des Schengen-Vertrages soll die Schweiz nun die neue Waffenrichtlinie übernehmen. Der Bundesrat hatte den Waffenbesitzern eine pragmatische Umsetzung der neuen EU-Vorschriften versprochen. Gehalten hat er dieses Versprechen aber nicht. Unsere Ordonnanzwaffen, die Sturmgewehre 90 und 57 sollen neu der Kategorie der «verbotene Waffen» zugeteilt werden.

Somit müssen alle, die bereits legal eine bisher von der Registrierungspflicht ausgenommene halbautomatische Ordonnanzwaffe besitzen, sich diesen Besitz «bestätigen» lassen. Die Nachregistrierung von hunderttausenden Waffen wird die Folge sein, obwohl eine solche von Volk und Parlament bereits mehrmals abgelehnt wurde. Werden diese Auflagen nicht erfüllt, wird die Waffe beschlagnahmt!

#### Nutzloses Gesetz – Automatische Einmischung der EU programmiert!

In Art. 17 der Richtlinie steht, dass ab 2020 die EU alle 5 Jahre prüfen wird, wie die neue Gesetzesverschärfung sich auf die Terrorabwehr auswirkt, und sie wird als Konsequenz neue Massnahmen beschliessen. Ein unhaltbarer Zustand, dass sich die EU so direkt

und automatisch in schweizerische Angelegenheiten einmischt und damit direkt in die Staatshoheit eingreift. Eine weitere Verschärfung des Waffenrechts liegt auf der Hand, weil die vorgeschlagenen Massnahmen im neuen Gesetz keine Terroranschläge verhindern. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, dass weitere Verschärfungen folgen wie z.B. Einführung von psychologischen und medizinischen Tests, Kategorienänderungen bei den Sport- und Jagdwaffen. Deshalb sind alle Schützen und Waffenbesitzer betroffen.

#### Waffenbesitzer kriminalisiert!

Mit der neuen Regelung entstünden zusätzliche Kosten für Ausnahmebewilligungen und zusätzlicher administrativer und bürokratischer Aufwand für die Nachmeldungen. Die Polizei hätte mit Kontrollen alle Hände voll zu tun. Deshalb haben sich auch Polizeikommandanten gegen die neue Regelung ausgesprochen. Man denke an all

«Der Bundesrat droht, dass die Schweiz aus dem Schengen- und Dublinabkommen geworfen werde. Das ist eine reine Angstmacherei.»

diejenigen, die eine Armeewaffe als Erinnerung an ihren Partner oder Grossvater etc. behalten haben und sich evtl. nicht bewusst sind, dass sie nun die Waffe nachregistrieren müssen. Bei einer Ablehnung der Ausnahmebewilligung erfolgt ein Eintrag ins Schengen-Informationssystem. Betroffene würden schlechter behandelt als Hooligans, Gewalttäter und andere Straftäter in der Schweiz, obschon sie gar nichts verbrochen haben. Auch die tausenden von Gelegenheitschützen ohne Vereinszugehörigkeit, die ab und zu an einem Feldschiessen, einem Vereinschiessen oder an einem historischen Schiessanlass teilnehmen. Sie alle müssten, um die neuen Regeln zu erfüllen, einem Schützenverein beitreten!

#### Kündigungsdrohung pure Angstmacherei!

Die Schweiz ist seit 2006 Schengenmitglied mit dem Ziel, trotz offener Grenzen innerhalb Europas

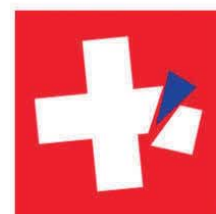
durch eine verstärkte europäische Zusammenarbeit für mehr Sicherheit und eine koordinierte Abwicklung der Asylgesuche zu sorgen. Die Schengen-Aussengrenzen sind aber nicht so gut gesichert wie erhofft, die Folge sind mehr Kriminaltourismus und eine wachsende Gefahr durch potentielle Terroristen. Der Bundesrat droht bei einer Nichtannahme der Vorlage durch das Volk, dass die Schweiz aus dem Schengen- und Dublinabkommen geworfen werde. Das ist eine reine Angstmacherei. Die Schengenstaaten hätten kaum ein Interesse daran, aus der Schweiz einen weissen Fleck ohne kriminaltechnischen Datenaustausch mitten im Schengenraum zu machen. Die EU hat auch absolut kein Interesse, dass die 300'000 Grenzgänger plötzlich an der Grenze wieder kontrolliert und dass auf die über 100 Mio. Franken aus der Schweiz verzichtet würde. Wir brauchen ein Nein also nicht zu fürchten, sondern müssen das tun, was richtig ist.



# STOP!

Kein freiheitsfeindliches  
EU-Waffengesetz in der  
Schweiz!

**Lynn**  
Zweifache Mutter, Hausfrau und  
IPSC-Schützin



**Nein** zum  
Entwaffnungs-  
Diktat der EU



# Ja zu Steuerreform und AHV-Finanzierung

## Luzern profitiert gleich doppelt!

**Am 19. Mai 2019 werden wir über das „Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) abstimmen. Vorab folgende Fakten: In der Schweiz gibt es rund 24 000 Unternehmen, welche bis anhin privilegiert besteuert wurden. Diese Unternehmen leisten heute rund die Hälfte der gesamten Bundessteuereinnahmen, also rund 5 Mia. Franken.**

Gleichzeitig beschäftigen diese Firmen rund 175 000 Mitarbeiter in der Schweiz. Damit tragen diese Unternehmen wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg und zum Wohlstand in unserem Land bei.

Seit einigen Jahren wird jedoch eine ungleiche Besteuerung von Firmen mit Sonderstatus und «normalen» Schweizer Firmen international nicht mehr akzeptiert. Die hier ansässigen Unternehmen erwarten Rechtssicherheit in dieser Frage. Nur schon ein teilweiser Wegzug von solchen Unternehmen, die in Einzelfällen bis zu 500 Mio. Franken jährlich Steuern bezahlen, würde unseren Staat schwächen. Auch die AHV würde aufgrund wegfallender Arbeitsplätze geschwächt.

Dass ein klarer Handlungsbedarf besteht, ist unbestritten. Die aktuell vorliegende Steuerreform will dieses Problem lösen. Da-

bei hat man insbesondere auch die Lehren aus der gescheiterten Steuerreform USR III gezogen.

Die neue Vorlage sieht vor, dass Kantone grösseren steuertechnischen Handlungsspielraum bekommen und so für Unternehmen attraktiv bleiben können. Kantone, die forschungsintensive Firmen beheimaten, können mit der Patentbox Gewinne, die von Forschungsarbeiten aus der Schweiz stammen, tiefer besteuern. Bei Kantonen mit sehr hohen Steuern gibt es die Option, dass ein Zinsabzug auf das Eigenkapital gemacht werden kann. Diese kantonale Selbstbestimmung hilft mit, den Steuerwettbewerb und unsere föderale Tradition aufrechtzuerhalten. Zudem wird der Anteil der Kantone an den Einnahmen aus der direkten Bundessteuer von 17 Prozent auf 21,2 Prozent erhöht. Im Kan-

ton Luzern wird dies zu jährlichen Mehreinnahmen von rund 38 Mio. Franken führen. Geld, das bereits budgetiert ist. Ein Wegfall würde zu weiteren Sparmassnahmen im Kanton Luzern führen. Hingegen besteht im Kanton Luzern kein Handlungsbedarf mehr, die Unternehmenssteuern zu senken. Der Kanton Luzern profitiert also mit dieser Steuerreform gleich doppelt.

Der zweite Teil der Vorlage betrifft die AHV. Auch die grosse Reform der Altersvorsorge wurde vom Volk verworfen. Es schleckt aber

nur kurzfristig stabilisiert. Weitere Massnahmen werden nötig sein. Sie merken aber auch, es ist ein Kompromiss. Damit wird nichts Strukturelles an der AHV geändert, sondern das Problem wird nur vertagt. Dessen bin ich mir bewusst. Nur bietet dieses gegenseitige Entgegenkommen den erforderlichen Konsens, um der dringend nötigen Steuerreform zum Erfolg zu verhelfen.

Ich finde die Verknüpfung von zwei artfremden Geschäften nicht gut, gewichte aber die übergeordnete Bedeutung dieser Vorlage für unser Land wesentlich

*«Jeden Monat fliessen 150 Mio. Franken mehr aus dem AHV-Fonds, als das reinkommt.»*

keine Geiss weg, dass wir dringend unsere AHV sanieren müssen. Jeden Monat fliessen 150 Mio. Franken mehr aus dem AHV-Fonds, als das reinkommt. Angedacht ist, dass die AHV-Beiträge um 0,3 Prozentpunkte angehoben werden und der Bund 800 Millionen Franken pro Jahr an unsere AHV leistet. Die Altersvorsorge wird damit

höher ein als die Nachteile. Die Steuervorlage zusammen mit der AHV-Finanzierung ist ausgeglichen und hilft, dass Firmen nicht ins Ausland abwandern und damit Steuererträge und Arbeitsplätze gesichert bleiben. Deshalb werde ich der STAF-Vorlage zustimmen und bitte Sie das Gleiche zu tun.

*«Im Kanton Luzern wird dies zu jährlichen Mehreinnahmen führen. Geld, das bereits budgetiert ist. Ein Wegfall würde zu weiteren Sparmassnahmen im Kanton Luzern führen.»*

Franz Grüter, Nationalrat

# JA

zur Steuerreform und  
AHV-Finanzierung



# Der AHV-Steuer-Deal ist ein Verfassungsbruch!

## Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden erpresst!

**Der AHV-Steuer-Deal, oder kurz STAF, kombiniert die Unternehmenssteuerreform mit einer Finanzierung der AHV. Die Vorlage passt das Steuersystem der Schweiz an internationale Regelungen an, wobei zusätzlich als «sozialer Ausgleich» eine Zusatzfinanzierung der AHV angefügt wurde. Die AHV erhält jährlich 2 Milliarden Franken zusätzlich, davon 1,2 Milliarden durch die Erhöhung der Lohnbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber um 0,3 Prozentpunkte.**

Der AHV-Steuer-Deal verknüpft die Reform der Unternehmenssteuern und die Finanzierung der AHV in einer Vorlage. Damit werden zwei sachfremde Vorlagen miteinander verknüpft, die keinen inhaltlichen Zusammenhang haben.

Die Bundesverfassung verlangt jedoch die Einhaltung der «Einheit der Materie». Dieser Grundsatz äussert sich in einem Kopplungsverbot von Vorlagen, welche keinen sachlichen Zusammenhang haben. Ebenfalls garantiert die Bundesverfassung in Art. 34 Abs. 2 die «unverfälschte Stimmabgabe» der Bürger, welche essentiell für eine funktionierende Demokratie ist. Doch genau dieser Verfassungsgrundsatz wird mit dem AHV-Steuer-Deal gebrochen!

Es stellt sich die Frage, wie hier der Stimmbürger abstimmen soll, der die Unternehmenssteuerreform befürwortet und die AHV-Finanzierung ablehnt. Die Antwort ist einfach: er kann nicht. Die Stimmberechtigten werden genötigt, mit nur einem Wort, sprich Ja oder Nein, über Dinge zu befinden, die keinen ausreichenden Sachzusammenhang aufweisen.

Es ist klar, dass die Abschaffung von Steuerprivilegien in keinem Zusammenhang zur Altersvorsorge steht. Das Recht auf eine unverfälschte Stimmabgabe wird verweigert und die Stimmbürger erpresst – damit wird ein Verfassungsbruch begangen.

Das Parlament nimmt sich jedoch mit dem AHV-Steuer-Deal das Recht heraus, das Kopplungs-

verbot zweier sachfremder Vorlagen zu ignorieren. Während es für Kantone und Volk eine eindeutige Verletzung der Einheit der Materie ist, stellt sich hier das Parlament über die Verfassung. Das ist für eine Demokratie inakzeptabel.

Mit dem AHV-Steuer-Deal wird das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik hintergangen. Es ist ein Affront gegenüber dem Stimmbürger und ein Angriff auf unsere Verfassung. Es geht beim AHV-Steuer-Deal um den Grundsatz der unverfälschten Stimmabgabe. Es geht um die Frage, ob

schluckt. Eine solche Politik ist eine Schande!

Setzen wir ein Zeichen gegen eine Politik, die sich über die demokratischen Rechte jedes Einzelnen stellt, und sagen NEIN zum AHV-Steuer-Deal. Gemeinsam verhindern wir einen Verfassungsbruch und sichern damit die unverfälschte Stimmabgabe. Stimmen Sie am 19. Mai gegen den AHV-Steuer-Deal.

**«NEIN zum AHV-Steuer-Deal und setzen wir ein Zeichen gegen eine Politik, die sich über die demokratischen Rechte jedes Einzelnen stellt.»**

wir eine Politik akzeptieren, welche die Verfassung bricht und die Stimmbürger erpresst. Es wird Tür und Tor geöffnet für weitere «Zückerli-Politik», welche Vorlagen wahllos miteinander verknüpft, damit der Stimmbürger diese

*«Es stellt sich die Frage, wie hier der Stimmbürger abstimmen soll, der die Unternehmenssteuerreform befürwortet und die AHV-Finanzierung ablehnt. Die Antwort ist einfach: er kann nicht.»*

*Camille Lothe, Präsidentin Junge SVP Kanton Zürich*

# NEIN

zur Steuerreform und  
AHV-Finanzierung



# Für Sicherheit und Stabilität Paul Winiker Unser Regierungsrat



## Auf in den zweiten Wahlgang!



Liebe SVP-Familie

Das Resultat war knapp am verflossenen Wahlsonntag. Bloss 590 Stimmen fehlten bei 53 779 Stimmen. Das fuxt. Deshalb müssen wir nun geschlossen in den zweiten Wahlgang ziehen. Denn jede Stimme zählt. Zurücklehnen und glauben, dass es dann schon gut kommen wird, ist gefährlich. Denn es geht nicht nur um die Glaubwürdigkeit der SVP, sondern auch um die Sicherheit in unserem Kanton. Als Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes habe ich zusammen mit unseren Fachleuten eine umfassende Sicherheitsstrategie für unseren Kanton erarbeitet. Dabei sind unsere wertvollen Erfahrungen aus meiner Amtszeit von 2015 bis 2019 eingeflossen. Diese Arbeit war dringend notwendig im Blick auf die allgemeine Sicherheitslage in unserem Land und in Europa. Nun möchte ich diese Strategie mit konkreten Massnahmen umsetzen. Für die Sicherheit von Land und Leuten, von uns allen und unserer kommenden Generation. Dafür setze ich mich mit voller Kraft ein.

Ich danke für die Unterstützung von Euch allen, dass die Wahl im 2. Wahlgang klappt.

Paul Winiker  
Regierungsrat



# KANTON LUZERN

«Der Kanton erhöht seinen Steuerfuss um einen Zehntel. Im Gegenzug werden alle Gemeinden gesetzlich verpflichtet, ihren Steuerfuss um einen Zehntel zu senken. So wird der Steuerzahler nicht stärker belastet – der Steuerbetrag bleibt gleich.»

Urs Dickerhof,  
Fraktionschef SVP Kanton Luzern



## Kantonale Abstimmung: Aufgaben- und Finanzreform

**Mit der Aufgaben- und Finanzreform (AFR) 18 werden ab 2020 die Aufgaben und deren Finanzierung zwischen Kanton und Gemeinden neu aufgeteilt. Dutzende von staatlichen Leistungen mit einem Volumen von 200 Millionen Franken sind betroffen. Durch die Neuaufteilung sollen die Anreize verbessert und Geld eingespart werden.**

Mit der AFR 18 werden zwei uralte Kernforderungen der SVP endlich umgesetzt. Neu sollen die Kosten der Volksschule zwischen Kanton und Gemeinden im Verhältnis 50:50 aufgeteilt werden – bis heute trägt der Kanton lediglich 25%. Da der Kanton per Gesetz rund die Hälfte der Vorgaben macht, führt dies zu folgendem Problem: Der Kanton kann munter Experimente und Reformen beschliessen, trägt aber nur einen kleinen Teil dieser Kosten.

Die Zeche bezahlen die Gemeinden, wie die letzten 15 Jahre eindrücklich gezeigt haben. Trotz eines deutlichen Rückgangs bei den Schülerzahlen sind die Kosten munter weiter gestiegen.

Mit der AFR 18 wird der Kanton für Experimente stärker zur Kasse gebeten. Dadurch wird er in der Reformitis zurückhaltender. Bei Kosten von 640 Millionen für die Volksschule im Kanton Luzern ist das finanzpolitisch ein Meilenstein.

Die andere zentrale Forderung ist die Bereinigung der Aufgaben im Wasserbau. Wasserbauprojekte lösen heute Kosten aus, die von den (oft kleinen) Gemeinden an den Gewässern kaum getragen werden können. Noch schlimmer ist es für die perimeterpflichtigen privaten Anstösser. Sie werden mit der Vorlage entlastet.

Mit diesen Anpassungen wird der Kanton jährlich um 200 Millionen

belastet. Diese Mehrkosten müssen von den Gemeinden kompensiert werden. Dafür übernehmen sie verschiedene kleinere Kostenelemente (z.B. bei den Ergänzungsleistungen) oder verzichten auf Einnahmen (z.B. aus der Verkehrssteuer). Die Differenz wird durch einen Steuerfussabtausch sichergestellt. Der Kanton erhöht seinen Steuerfuss um einen Zehntel. Im Gegenzug werden alle Gemeinden gesetzlich verpflichtet, ihren Steuerfuss um einen Zehntel zu senken. So wird der Steuerzahler nicht stärker belastet – der Steuerbetrag bleibt gleich. Damit ist die Forderung der SVP erfüllt – es kommt zu keinen Steuererhöhungen durch die Hintertüre.

Als drittes Element kann der Kanton sein Engagement im Finanzausgleich dank der AFR 18 reduzieren. Letztlich profitiert der Kanton aus dem Paket AFR 18/ Steuergesetzrevision 50 Millionen pro Jahr, die Gemeinden profitieren 25 Millionen pro Jahr. Ohne diese Einsparungen sind Steuererhöhungen wahrscheinlich. Um dies zu verhindern und die Aufgaben im Kanton Luzern fair zu verteilen, sagt die SVP-Fraktion JA zur AFR 18.

# Ein starkes Team für den Kantonsrat



## Stadt Luzern



Zanolli Lisa



Müller Pirmin



Haller Dieter

## Luzern Land



Camenisch Rätö



Gisler Franz



Ursprung Jasmin



Lang Barbara



Keller Daniel



Frank Reto

## Hochdorf



Winiger Fredy



Dickerhof Urs



Schmid Patrick



Omlin Marcel

## Sursee



Hartmann Armin



Lüthold-Sidler Angela



Müller Pius



Bossart Rolf

## Willisau



Graber Toni



Knecht Willi



Arnold Robi

## Entlebuch



Thalmann-Bieri Vroni



Steiner Bernhard

Wir wünschen unseren  
gewählten Kantonsräten viel Erfolg!

# SVP BI DE LÜT

## Zwei Bundesräte besuchen das Städtli Willisau

Am Wochenende vom 22./23. Februar 2019 bereitete sich die nationale SVP-Fraktion in Willisau auf die Frühlings-Session vor. Mit dabei waren neben den klingenden Namen Köppel, Martullo-Blocher, Aeschi, Rösli auch Bundespräsident Ueli Maurer und Bundesrat Guy Parmelin. Ein nicht alltägliches Wochenende für das kleine charmante Städtli Willisau.

### Grosser Event in Willisau

Nach zahlreichen Sitzungen und Vorbereitungen freute sich die SVP Wahlkreis Willisau auf diesen politischen Anlass. Unterstützt wurde das Organisationskomitee vom Luzerner Nationalrat Felix Müri. Es sei immer wieder beeindruckend, wie sich die Wahlkreise zusammen mit den Ortsparteien engagieren, schwärmt Felix Müri als Eventverantwortlicher von diesem 2-tägigen Anlass.

Es brauche viel Organisation, einige Abklärungen im Vorfeld und vor allem viele freiwillige Helfer, weiss Müri aus zehnjähriger Erfahrung. Bevor sich jedoch die SVP-Bundesparlamentarier am Freitagnachmittag auf den Weg zur Fraktionssitzung machten, war ein «Wirtschaftsforum» beim Onlinehändler BRACK.CH angesagt. Gründer und Firmeninhaber Roland Brack begrüsst die interessierten Gäste und erzählte von der Entwicklung seiner Firma und von seinem persönlichen «Tellerwäscher-Aufstieg»!

Danach wurde vor rund 50 Zuhörern zum Thema «Innovationsplatz Schweiz» diskutiert. Illus-

ter waren die Teilnehmer: Unter der Leitung von Marcel Merz, Ortsparteipräsident der SVP Willisau, diskutierten neben Roland Küng (Geschäftsführer Hunziker AG, Willisau) die SVP-Nationalräte Franz Grüter, Thomas Aeschi, Magdalena Martullo und Roger Köppel.

Unter anderem ging es um die Wettbewerbsnachteile von Schweizer Händlern beim Import von Päckli aus China. Roger Köppel brachte es auf den Punkt: «Unser Land ist überreguliert. Wir hängen uns am eigenen Regulierungswahn auf. Es ist ein abstruser Gedanke, dass wir davon profitieren. Das tun letztlich nur die Chinesen.»

Als einzige Partei in der Schweiz setze sich die SVP für die «Deregulierung» ein. «Darum gilt: Um das Problem zu lösen, müssen möglichst viele SVP-Politiker nach Bern gewählt werden», so Köppel.



## Ein Schwatz mit dem Bundespräsidenten

Am anschliessenden Anlass «SVP bi de Lüt» konnten sich Bürgerinnen und Bürger bei Wurst und Brot mit den Parlamentariern unterhalten. Bundespräsident Ueli Maurer schwärmte von Willisau: «Hier fühlt man sich wie daheim.»

Nach der Fraktionssitzung in der Festhalle machte sich die SVP-Familie auf den Weg Richtung Städtli Willisau. Vor dem Restaurant Sternen lodern die Flammen an zwei Feuerstellen. Alphornklänge des Trios «ARTix» ertönen. An der Bar gibt es Bier, Jus oder wahlweise Weisswein oder Rotwein, natürlich aus dem eigenen Land. Die Bevölkerung steht um die wärmenden Feuerschalen, prostet sich zu und diskutiert mit den Parlamentariern. Es sei wichtig, sich als Bundesrat mit der Bevölkerung auszutauschen, verrät Bundespräsident

Ueli Maurer einem anwesenden Journalisten. «Wer in Bern nur im Büro sitzt, verliert das Gspür für die Bevölkerung.» Er wolle wissen, was die Leute beschäftigt.

Auf den Punkt bringt es der 81-jährige Willisauer und ehemalige Ortsparteimitglied Toni Sidler. Er lobt die unkomplizierte Art der Bundespolitiker. «Sie nehmen sich Zeit für die einfachen Leute.» Ein anderer Besucher ist Ernst Schröder. Ein Mann aus Schwarzenberg staunt, wie einfach es sei, mit allen ins Gespräch zu kommen.

rs/wb



## «Das Hauptanliegen von diesen Events heisst: <Raus aus dem Bundeshaus, hin zu den Leuten!>»

Felix Müri, Nationalrat SVP LU

*Felix Müri, du bist Fraktions-Vizepräsident und für verschiedene Events verantwortlich. Wieso gerade du und wie kam es dazu?*

Wer mich kennt, weiss, dass ich gerne gesellige und grosse Anlässe organisiere. Mit der Fraktion werden immer wieder Events durchgeführt, wo es darum geht, mal aus dem Bundeshaus rauszukommen. Dieser Kontakt mit der Bevölkerung, der Wirtschaft und Kultur ist spannend. Deshalb engagiere ich mich da sehr gerne.

*Für welche Anlässe stehst du in der Verantwortung?*

Mit der Fraktion gibt es immer wieder externe Sitzungen, Fraktionsessen und den Fraktionsausflug. Natürlich darf der Jass-Cup nicht vergessen werden. Anlässe der SVP-Bundeshausfraktion.

*Gerade wenn kantonale Wahlen bevorstehen, sind solche Anlässe mit Bundesparlamentariern bei den Kantonen sehr begehrt. Nach welchen Kriterien wählst du die Ortschaften aus?*

Wir versuchen immer Orte zu wählen, die den kantonalen SVP-Sektionen für ihre Wahlen etwas bringen. Es braucht aber auch immer einen spannenden gewerblichen Bezug und die Möglichkeit, mit der Bevölkerung in Kontakt zu kommen.

*Mit solchen Anlässen verbindet man oft das «SVP bi de Lüt». Wie wichtig ist es für die SVP, dass sie sich unters Volk mischen kann?*

Das ist eines der Hauptanliegen von diesen Events. Aus dem Bundeshaus raus, hin zu den Leuten! Als Politiker ist es das Wichtigste, mit den Wählerinnen und Wählern in Kontakt zu sein, die Anliegen, Probleme und Nöte aufzunehmen. Diese sollen dann direkt in die Politik einfließen können. Dafür steht die SVP. Dafür steht «SVP bi de Lüt».



*Bald sind Nationalrats- und Ständeratswahlen. Können gesellige Anlässe ein Wahlresultat beeinflussen?*

Auf jeden Fall. Bei geselligen Anlässen kommt man ins Gespräch und spürt sehr gut, was die Bevölkerung bewegt. Es geht aber auch darum, die SVP als Team zu verstehen. Denn nur als Team kann man Wahlen gewinnen. Darum stehen diese Events auch für den Teamgeist der SVP. Politik soll auch Freude machen und die Bürgerinnen und Bürger sollen das auch sehen und miterleben. So hat es unser Bundespräsident Ueli Maurer letztes Jahr bei seiner Antrittsrede auf den Punkt gebracht.

*Ende Februar fand der neunzehnte Jasscup in Willisau statt. Was bleibt in Erinnerung?*

Die vielen tollen Begegnungen und die Unterstützung, die die

SVP dabei erlebt, bleiben mir in Erinnerung und machen mich zuversichtlich für die kommenden Wahlen und Abstimmungen.

*Du organisiert diesen Jasscup nun zum zehnten Mal. Muss man selber ein verbissener Jasser sein?*

Das muss man keineswegs. Natürlich hat es immer auch sehr ambitionierte Jasser mit dabei. Aber in erster Linie geht es darum, einen guten Jass zu klopfen, mit unseren National- und Ständeräten in Kontakt zu kommen und eben den Team- und Sportsgeist der SVP zu pflegen.

*Was ist typisch Schweiz beim Jassen?*

Jassen ist etwas, was die Generationen überdauert und doch anpassungsfähig ist. Wie die

Schweiz. Wir haben unsere bewährten Traditionen und Werte. Wir sind aber auch innovativ und pragmatisch. Das verbindet das Jassen mit der Schweiz.

*Das nächste Jahr feiert Müri mit dem Jasscup sein zwanzigstes Jubiläum. Wo warst du vor 20 Jahren politisch unterwegs?*

Vor 20 Jahren war ich bereits Kantonsrat der SVP und Präsident der SVP Emmen. Diese Zeit war immer noch geprägt vom gewonnenen Kampf gegen den EWR-Beitritt und für die Unabhängigkeit der Schweiz. Diesen Kampf führen wir heute erneut. Und zwar gegen den schleichenden EU-Beitritt und gegen das institutionelle Rahmenabkommen.

Interview: Roland Staub



## JSVP



## Genug vom Stau – JSVP lanciert Antistauinitiative Für eine nachfrageorientierte Verkehrspolitik

**Trotz vielen Millionen, die in den Ausbau des ÖVs flossen und erheblich vom Autofahrer mitfinanziert wurden, hat sich der Anteil der ÖV-Benutzer nicht verändert. In absoluten Zahlen hat der ÖV zwar zugelegt, aber genauso haben auch die Autokilometer zugenommen, ohne dass dabei nennenswert in die Infrastruktur für den Individualverkehr (MIV) investiert wurde.**



Es ging in den letzten Jahren sogar so weit, dass vor allem in der Stadt Luzern und der Agglomeration Kapazitäten abgebaut wurden. Beliebte Mittel dazu sind Dosierungsanlagen, von denen gegen 20 weitere Anlagen in der Stadt Luzern geplant sind, Fahrbahnhaltestellen, Tempo 30 und Busspuren auf Kosten von Autospuren. Viele dieser Massnahmen laufen unter dem Begriff der «ÖV-Förderung». Was gut klingt, ist lediglich eine Beschönigung, um das Autofahren weiter einzuschränken. ÖV-Förderung mittels Dosierungsanlagen und Busbevorzugungsampeln führt nicht nur dazu, dass der MIV unnötig im Stau steht, sondern dass der Stau in die Quartiere und Agglomerationsgemeinden aus-

gelagert wird. Der Kanton Luzern kommt den linksgrünen Autohassern mittlerweile so weit entgegen, dass selbst über Tempo 30 auf Kantonsstrassen diskutiert wird. Unzählige verkehrsflussbehindernde Fahrbahnhaltestellen wurden bereits gebaut. Gegen solche Schikanen will die JSVP sich wehren. Künftig dürfen keine Kapazitätsabbauten mehr möglich sein, was bedeutet, dass keine weiteren Verkehrsbehinde-

rungen mehr gebaut werden sollen. Weiter fordern wir, dass die Strassenkapazitäten sich an der Nachfrage orientieren, was dazu führt, dass bereits umgesetzte Verkehrseinschränkungen zurückgebaut werden müssen.

Dadurch, dass in der Stadt künftig kein Geld mehr für unnötige Projekte ausgegeben werden kann, erhoffen wir uns, dass mehr Geld für Strassenprojekte in den ländlichen Gebieten investiert wird. Wollen Sie das auch?

**Dann freuen wir uns über Ihre Unterschrift auf dem beigelegten Unterschriftenbogen.**

Weitere Unterschriftenbögen finden Sie auf unserer Homepage  
**[www.jsvpluzern.ch](http://www.jsvpluzern.ch)**  
zum Ausdrucken.

Jetzt  
unterschreiben!



Patrick Zibung, Präsident JSVP

*«Der Kanton Luzern kommt den linksgrünen Autohassern mittlerweile so weit entgegen, dass selbst über Tempo 30 auf Kantonsstrassen diskutiert wird!»*

Kantonale Volksinitiative

# Anti-Stauinitiative

## Flüssiger Verkehr nützt allen!



[www.antistauinitiative.ch](http://www.antistauinitiative.ch)

Junge  
**SVP**  
Kanton Luzern

Jetzt unterschreiben:  
[www.jsvpluzern.ch](http://www.jsvpluzern.ch)

## Nomination Ständeratskandidatur

## Nationalrat Franz Grüter stellt sich zu Verfügung!



*Das Kandidatenkarussell für die Ständeratswahlen dreht längst. Wieso springst du so spät drauf?*

Ein solcher Entscheid soll wohlüberlegt sein. Die politische, geschäftliche und private Ausgangslage und Unterstützung müssen stimmen, um einen solchen Wahlkampf in Angriff zu nehmen. Andererseits wollte ich auch die kantonalen Wahlen Ende März abwarten, bevor ich mich entscheide.

*Du bist nun 4 Jahre im Nationalrat und dort auch überparteilich akzeptiert. Wieso die Lust auf einen Wechsel in die kleine Kammer?*

Ich konnte in den vergangenen Jahren dank guter Vernetzung in Bern und breiten politischen Allianzen viel bewegen. In der kleinen Kammer sind genau dies wichtige Punkte, um sich erfolgreich für den Kanton Luzern einsetzen zu können. Zudem sind heute im Ständerat Standesvertreter mit einem unternehmerischen Hintergrund leider eine Seltenheit geworden. Hier kann ich mit meiner Erfahrung einen Mehrwert für den Kanton Luzern mit einbringen.

*Frage: Als Ständerat hast du primär die Aufgabe, den Kanton Luzern zu vertreten. Was braucht denn Luzern,*

*um erfolgreich zu bleiben, oder wo braucht der Kanton mehr Unterstützung aus der kleinen Kammer?*

Das Erfolgsmodell Schweiz setzt auf traditionelle Werte wie Eigenständigkeit, Selbstverantwortung, Unabhängigkeit und Innovation. Der Föderalismus ist dabei ein Erfolgsrezept der Schweiz. Auch der Kanton Luzern profitiert, wenn wir die Autonomie und den Handlungsspielraum der Kantone weiter stärken.

Ich setze mich konsequent ein den Werkplatz Schweiz und den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Schweiz weiter zu stärken. Genauso wichtig ist ein gutes du-

ales Bildungssystem, damit wir genügend Menschen im Inland rekrutieren können. Hierbei ist mir der Einsatz für ältere Arbeitnehmer ein spezielles Anliegen. Das ermöglicht Wohlstand auf allen Ebenen. Zudem gehen im Bundeshaus Luzern und die Zentralschweiz oft etwas vergessen. Man orientiert sich meist lieber an Zürich, Genf, Basel oder Bern. Das gilt insbesondere auch bei Infrastrukturvorhaben. Hier will ich im Stöckli einen Kontrapunkt setzen und mich für unsere prosperierende Region einsetzen.

Interview: Roland Staub

## ORTSPARTEIEN

### Mitgliederversammlung der SVP-Wahlkreispartei Luzern Land

Anfang April fand die diesjährige Mitgliederversammlung der SVP-Wahlkreispartei Luzern Land statt. Die Präsidentin Jasmin Ursprung durfte ein grosses Publikum aus dem ganzen Wahlkreis begrüßen. Grosses Thema war die Wahlanalyse im Wahlkreis, welche vom Präsidenten der Wahlkommission Marco Frauenknecht kommentiert wurde.

Zudem wurde Moritz Bachmann aus dem Vorstand als Vizepräsident würdevoll verabschiedet. Als sein Nachfolger wurde der amtierende Präsident der Wahlkommission Marco Frauenknecht einstimmig gewählt. Der Vorstand bedankt sich bei Moritz Bachmann herzlich für sein jahrelanges Engagement für den Wahlkreis Luzern Land.



## KALENDER

### April 2019

26.04.2019 LUGA

### Mai 2019

09.05.2019 Kantonale Generalversammlung

19.05.2019 Eidg. und kant. Abstimmung

23.05.2019 Nominationsversammlung NR & SR

### Juni 2019

12.06.2019 Fraktionsausflug SVP Schweiz

18.06.2019 Präsidentenfeier Kantonsrat Luzern

29.06.2019 Eidg. Delegiertenversammlung

### Juli 2019

04.07.2019 Kant. Delegiertenversammlung

### August 2019

26.08.2019 Redaktionsschluss SVP Kurier

### September 2019

25.09.2019 Versand Grossauflage

### Oktober 2019

20.10.2019 Nationalrats- und Ständeratswahlen

## SVP Luzern TV – das Internet-fernsehen der SVP Kanton Luzern



### Der Moderator des SVP Luzern TV Roland Staub im Gespräch mit politischen Grössen.

In regelmässigen Abständen greift die SVP Kanton Luzern im SVP Luzern TV brisante und ak-

tuelle nationale und kantonale Themen auf – so, wie Sie Ihnen die Massenmedien verschweigen!

[youtube.com / svpkantonluzern](https://youtube.com/svpkantonluzern)

## Impressum SVP Kurier, Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern

Erscheinungsweise: ¼-jährlich

Grafik/Layout: erni medien GmbH, 6030 Ebikon / [www.ernimedien.ch](http://www.ernimedien.ch)

Druck: ZT Medien AG, 4800 Zofingen • Auflage: 3300 Exemplare

Anzeigenverwaltung, Kontaktadresse, Redaktion:

Roland Staub, 6123 Geiss, [kurier@svplu.ch](mailto:kurier@svplu.ch)

Für den Inhalt der Beiträge zeichnet ausschliesslich der Autor verantwortlich; es ist der Redaktion vorbehalten, Beiträge zu kürzen oder von der Veröffentlichung auszuschliessen.

Adressänderungen sind an Ihre Ortspartei zu melden oder an das kantonale SVP-Sekretariat ([sekretariat@svp-lu.ch](mailto:sekretariat@svp-lu.ch), Tel. 041 250 67 67). Die Redaktion kann keine Adressmutationen vornehmen!

## 19. Mai 2019

### Volksabstimmungen: Parolen SVP Kanton Luzern

Wollen Sie das Gesetz über die Aufgaben- und Finanzreform 18 (Mantelerlass AFR 18) annehmen?

JA

Wollen Sie das Bundesgesetz vom 28. September 2018 über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) annehmen?

JA

Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 28. September 2018 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie annehmen?

NEIN



# Jetzt Mitglied der SVP werden!

Die SVP setzt sich dafür ein, dass unsere Schweiz für uns und unsere Nachkommen auch in Zukunft noch ein Zuhause ist. Tragen auch Sie die klaren bürgerlichen Werte mit und entscheiden Sie sich für Wohlstand, Arbeitsplätze und eine sichere Zukunft in Freiheit!

**Die SVP hat einen Vertrag mit dem Volk unterzeichnet, dem wir uns verpflichtet fühlen. Der Vertrag besagt:**

- Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten
- Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen
- Wir wollen für alle die Steuern senken

Setzen Sie ein Zeichen für die Schweiz und den Kanton Luzern.

Stärken Sie die SVP durch Ihre Mitgliedschaft. Herzlichen Dank!



**Die SVP kämpft als einzige Partei für Freiheit und Unabhängigkeit und sagt entschieden Nein zum schleichenden EU-Beitritt der Schweiz.**

**Unterstützen Sie uns dabei!**

Setzen Sie sich ein für Freiheit und Unabhängigkeit.

- ☐ Ich möchte mich zuerst näher informieren. Bitte senden Sie mir Ihre Parteiunterlagen zu.
- ☐ Ich möchte sofort Mitglied der SVP werden.
- ☐ Ich möchte der SVP einen Spendenbeitrag zukommen lassen.

Vorname \_\_\_\_\_ Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_ PLZ/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_ Telefon \_\_\_\_\_

Geb.-Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Ausschneiden und senden an: SVP Kanton Luzern, Postfach, 6000 Luzern  
oder Internet: [www.svplu.ch](http://www.svplu.ch). Spenden auf PC-Konto 60-29956-1

